

**Parlamentarischer Vorstoss**

- ☐ Motion
- ☐ Postulat
- ☐ Interpellation mündlich
- ☒ X Interpellation schriftlich

Eingereicht von **Robin Eichmann, JUSO** und **Sinah Eisenring, Junge Grüne**

---

**Neonazi-Aufmarsch gewähren, Antifaschistischen Protest repressiv unterdrücken: Polizei in St. Gallen sendet gefährliches Signal.**

---

Am vergangenen Samstag, 14. Februar, fand in der Stadt St. Gallen ein Aufmarsch von Rechtsextremen und Neonazis statt. Dieser war einer der grössten der letzten Jahre in der Schweiz. Hinsichtlich dessen Tragweite und angesichts der heftigen, eskalativen Repressionsmassnahmen seitens Polizei gegenüber der antifaschistischen Gegendemonstrant\*innen, die bisher wenig öffentliche und politische Beachtung fanden, bedarf es unserer Ansicht weitaus mehr Diskussion als dies die bereits eingereichte einfache Anfrage der SP/JUSO/PFG-Fraktion ermöglicht.

Denn die Polizei gab in St. Gallen ein gefährliches Verhalten und besorgniserregendes Bild ab: Ein rechtsextremer Marsch durfte trotz Bewaffnung, der Beteiligung öffentlich bekannter, massiv verurteilter Neonazis und entzogener Bewilligung durch die Innenstadt ziehen. Währenddessen wurde eine antifaschistische, zivilgesellschaftliche Gegendemonstration (an der Kreuzung Schützengasse - St. Leonhard Strasse) unmittelbar, ohne jeglichen Dialog oder Kommunikation mit Zwangsmitteln konfrontiert.

Die Repression – unter anderem in Form von Wegweisungen oder dem Einsatz von Pfefferspray aus nächster Distanz und Schlagstöcken – richtete sich primär gegen jene, die dem Nazi-Aufmarsch entgegenhalten wollten. Antifaschistische Präsenz und zivilgesellschaftlicher Protest wurde als gefährliche Störung und Gefahr für die Sicherheit behandelt, der rechtsextreme Marsch hingegen als tolerierbar.

Besonders problematisch wirkt die Diskrepanz in der Reaktion der Polizei, sowie die Verhältnismässigkeit der eingesetzten Mittel: Das Stoppen des rechtsextremen Umzugs hätte als zu eskalierend gegolten und die Demonstration wurde trotz der offensichtlichen Gefahren und entzogener Bewilligung laufen gelassen. Gemäss dem Artikel des Kulturmagazins Saiten wurde sogar mit Nicolas Rimoldi über Kompromisse für «einen medial guten Auftritt» verhandelt. Währenddessen wurden Pfefferspray und körperliche Gewalt gegen sich sowieso entfernende friedliche Gegendemonstrant\*innen eingesetzt. Gegen diese Personen wurde keine Vorwarnung ausgesprochen, es fand kein Dialog statt und

es wurde auf den Einsatz jeglicher milderer Mittel verzichtet. Es ist fraglich, ob diese Reaktion der Prüfung der Verhältnismässigkeit standhält. Diese diametral unterschiedliche Behandlung sticht stark heraus und erweckt den Eindruck, dass die Grundrechte in unterschiedlichem Masse geschützt und eingeschränkt wurden.

Eine Stadt, die eine unbewilligte rechtsextreme Demo begleitet, während sie den Gegenprotest unterbindet, sendet ein gefährliches Signal: Der öffentliche Raum wurde nicht neutral gesichert, sondern zugunsten der Durchführung des rechten Aufmarschs geordnet. Genau dieses Signal – sowie im Allgemeinen die repressiven Massnahmen gegen die Gegendemonstrant\*innen – bedürfen politischer Klärung und Aufarbeitung.

Deshalb stellen wir folgende Fragen und danken dem Stadtrat für deren transparente Beantwortung.

Zum konkreten Polizeieinsatz gegenüber der antifaschistischen Gegendemonstration an der Kreuzung Schützengasse/St. Leonhard Strasse:

1. Welche konkrete Gefährdungsbeurteilung lag zum Zeitpunkt der Intervention an der Kreuzung Schützengasse/St. Leonhard-Strasse vor, die den unmittelbaren Einsatz von Pfefferspray und körperlicher Gewalt gegen die Gegendemonstrierenden rechtfertigte?
2. Welche Aufforderungen, Warnungen oder Deeskalationsmassnahmen wurden vor dem Einsatz von Zwangsmitteln ausgesprochen und wie wurden diese kommuniziert (Lautsprecher, Einzelsprache, Durchsageprotokoll)?
3. Waren diese Massnahmen im Rahmen der grundrechtlichen Verhältnismässigkeitsprüfung erforderlich, geeignet und zumutbar? Stellten sie das mildeste Mittel dar (Subsidiarität)? Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgte der Einsatz von Pfefferspray sowie das Fixieren einzelner Personen?
4. Wer erteilte den Einsatzbefehl zur Auflösung der Gegendemonstration und zum Einsatz von Zwangsmitteln (Funktion, Kommandoebene, Stadtpolizei-Kantonspolizei?), und existieren hierzu schriftliche Einsatzbefehle oder Einsatzprotokolle?
5. Nach welchen Kriterien entschied die Polizei, den unbewilligten Demonstrationszug nicht zu stoppen, gleichzeitig jedoch die Gegendemonstration aktiv aufzulösen?


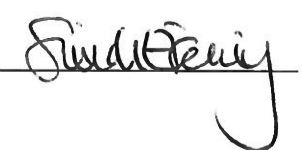
Zur Einschätzung und Haltung des Stadtrates gegenüber den Ereignissen und polizeilichen Massnahmen:

6. Wie beurteilt der Stadtrat die Verhältnismässigkeit des unmittelbaren Einsatzes von Zwangsmitteln ohne jeglichen Versuch die Gegendemonstrant\*innen und ihre Meinungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit zu schützen oder mit ihnen in den Dialog zu treten?
7. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass hier unterschiedliche Massstäbe gegenüber unbewilligtem Aufmarsch und Gegenprotest angewendet wurden? Falls nein, worin konkret macht er die Gleichbehandlung fest?

8. Hält der Stadtrat es politisch für vertretbar, dass ein rechtsextremer, unbewilligter Demonstrationszug stattfinden kann? Dies insbesondere wenn der Gegenprotest unmittelbar und eskalativ unterbunden wird? Falls ja, weshalb?
9. Wie sieht die konkrete Planung der Aufarbeitung aus? Fachlich innerhalb der Stadtpolizei aber auch politisch innerhalb der Gremien der Stadt St. Gallen? Ist der Stadtrat bereit die Erkenntnisse öffentlich zu machen?
10. Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat aus den Ereignissen hinsichtlich Einsatzleitung und Zusammensetzung der Polizeikräfte, Entscheidungsabläufe, dem Einsatz von Zwangsmitteln und Umgang mit politischen Gegenversammlungen?

17.02.2026

Datum

   
Unterschrift

## Unterschriften Parlamentarischer Vorstoss

Name, Vorname	Partei	Unterschrift	Name, Vorname	Partei	Unterschrift
Angehrn Patrik	die Mitte	X	Kuratli Donat	SVP	
Arpagaus Hans Peter	die Mitte		Liechti Ivo	die Mitte	
Balok Chompel	SP	X	Lüchinger Raphael	FDP	
Bänziger Noemi	GLP	X	Mauchle Arnold	Grüne	A. Mauchle
Baur Marcel	GLP		Meyer Veronika R.	Grüne	D. Meyer
Bechtiger Roger M.	die Mitte		Neuweiler René	SVP	
Bertoldo Daniel	EVP		Olibet Peter	SP	P. Olibet
Brunner Jürg	SVP		Pinto Cardoso Tatiana	SP	Pinto Cardoso
Calzavara Andrea	SP	A. Calzavara	Rickli Matthias	SP	M. Rickli
Casaulta Marius	die Mitte		Ronzani Manuela	SVP	
Crottogini Eva	SP	E. Crottogini	Rotach Marcel	FDP	
Diem Melanie	GLP		Rütsche Beat	die Mitte	
Dudli Andreas	FDP	X	Saxer Corina	FDP	
Eberhard Gabriela	SP	G. Eberhard	Schmid Angelica	SP	A. Schmid
Eichmann Robin	JUSO	R. Eichmann	Schmid Rebekka	Grüne	R. Schmid
Eisenring Sinah	J Grüne		Schönbächler Philipp	GLP	X
Federer Cornelia	Grüne	C. Federer	Schürch Marlène	SP	M. Schürch
Froidevaux Alice	SP	A. Froidevaux	Städler Michael	SP	M. Städler
Garobbio-Campi Nadia	FDP		Stähelin Louis	die Mitte	
Gasser-Beck Jacqueline	GLP		Stauffacher Marc	die Mitte	
Giger Thomas	SVP		Sutter Flavia	FDP	
Giger Timothy	SVP		Thurairajah Jeyakumar	Grüne	J. Thurairajah
Granitzer Esther	SVP		Vosseler David	SVP	
Heeb Jenny	SP	J. Heeb	Wäspe Remo	SVP	
Hornstein Andrea	PFG	A. Hornstein	Weibel Lara	SP	L. Weibel
Huber Christian	Grüne	C. Huber	Wenger Lydia	SP	
Hufenus Gallus	SP	X	Wettach Christoph	GLP	C. Wettach
Jud David	GLP		Wick Oliver	JF	
Keller Felix	FDP		Winter-Dubs Karin	SVP	X
Keller Stefan	FDP		Ziegler Antje	die Mitte	
Königer Doris	SP	D. Königer			
Kobel Christoph	SP	C. Kobel			
Kobler Liliane	FDP				